

Russlands Drahtseilakt in Syrien wird schwieriger;

Vor kurzem stimmte Russland erstmals einer Uno-Sicherheitsrat-Resolution zu Syrien zu. Bedeutet dies eine grundlegende Kehrtwende in der russischen Syrien-Politik, oder handelt es sich dabei nur um ein taktisches Manöver, um das angeschlagene Image Russlands in der arabischen Welt aufzupolieren?

Von Margarete Klein

Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Meinung und Debatte, 27. April 2012, S. 23

Auch wenn Moskau argumentiert, nicht für Präsident Asad, sondern für Syrien zu sein und im innersyrischen Machtkampf nicht Partei zu ergreifen, agierte es im vergangenen Jahr doch de facto als Schutzmacht für die Regierung in Damaskus. Zweimal verhängte es sein Veto im Uno-Sicherheitsrat und verhinderte damit, dass der Druck auf Asad verschärft wurde. Zudem hält Moskau an seinen Waffenlieferungen nach Syrien nicht nur fest, sondern baute sie sogar noch aus. So einigten sich beide Seiten im Dezember 2010 über den Kauf von 36 Kampfflugzeugen vom Typ Yak-130. Darüber hinaus gab Moskau der Regierung Asad symbolische Unterstützung, indem es beispielsweise im Januar 2012 mit grossem Pomp seinen Flugzeugträger in den Hafen Tartus entsandte.

Im Abseits gelandet

Mit seiner Schutzmachtrolle manövrierte sich Moskau in den letzten Wochen aber immer mehr ins Abseits. Der Drahtseilakt der russischen Führung erwies sich als zunehmend schwierig: Es gilt, das politische Überleben des wichtigsten Partners im Nahen Osten zu sichern, ohne zugleich in den Sog von dessen Selbstisolation zu geraten und damit langfristige Interessen Moskaus zu untergraben. Das betrifft erstens die internationale Ebene, wo Moskau mit der Blockade des Uno-Sicherheitsrats riskierte, sein wichtigstes Instrument für globalen Einfluss stumpf werden zu lassen. Dies kann zur Folge haben, dass die Suche nach Lösungswegen künftig stärker in Foren ausserhalb des Sicherheitsrats – und damit ohne russisches Vetorecht – stattfindet, wie die von arabischen und westlichen Staaten angeführte Gruppe «Freunde Syriens» bereits demonstrierte. Zweitens droht Moskau die Grundlagen seiner Nahostpolitik zu beschädigen, nämlich gute Beziehungen zu allen Akteuren vor Ort aufzubauen und das Image eines ehrlichen Maklers zu fördern. Seine harte Haltung brachte Moskau scharfe Kritik fast aller regionalen Akteure – von der Arabischen Liga über die Türkei bis nach Saudiarabien – ein. In Syrien selbst drohte Moskau spätestens mit dem zweiten Veto im Uno-Sicherheitsrat Anfang Februar 2012, das vor dem Hintergrund der Massaker in Homs erfolgte, seine Glaubwürdigkeit in den Augen der Opposition zu verspielen.

Die russische Führung scheint sich der Gefahren, die sich aus ihrer bisherigen Schutzmachtrolle für Asad ergeben, zunehmend bewusst zu werden, vor allem, wenn das politische Überleben Asads nicht mehr sicher erscheint. Die Zustimmung zur Uno-Sicherheitsratsresolution 2042 ist dabei nur ein Teil der jetzigen Schadensbegrenzung. Auf dem diplomatischen Parkett bemüht sich Moskau in zahlreichen Treffen aktiv um einen Dialog mit den Akteuren in der Region sowie der syrischen Opposition. Aus der etwas flexibleren Haltung der russischen Führung ergibt sich durchaus ein «Fenster der Gelegenheiten», Moskau stärker in Bemühungen zur friedlichen Lösung des Syrien-Konflikts einzubeziehen. Dazu kommt, dass der Wahlkampf in Russland, der mit antiwestlicher Verschwörungsrhetorik und Grossmachtgetöse einherging, vorbei ist. Klar bleibt aber auch, dass sich die Grundlagen der russischen Syrien-Politik nicht verändert haben: Die Interessen Moskaus bleiben bestehen und setzen den Rahmen für alle gemeinsamen Lösungsversuche.

Grossmachtansprüche

Russland geht es dabei zum einen um die Sicherung seiner wirtschaftlichen und militärischen Interessen. Zwar ist Syrien bei weitem nicht sein grösster Handelspartner im Nahen Osten; für die russische Rüstungsindustrie ist Damaskus aber ein wichtiger Kunde, dessen Bedeutung nach dem weitgehenden Wegfall des libyschen Markts noch angestiegen ist. Bei den neuen Waffendeals des Jahres 2011 nahm Syrien mit einem Anteil von 15 Prozent den zweiten Platz nach China ein. Darüber hinaus beheimatet der syrische Hafen Tartus den einzigen Marinestützpunkt Moskaus ausserhalb des postsowjetischen Raums. Will Moskau längerfristig an Einsätzen im Mittelmeer und am Horn von Afrika teilnehmen – was zur Untermauerung seines Grossmachtanspruchs wichtig ist –, benötigt die russische Marine Tartus.

Zum anderen geht es Moskau um geopolitische Interessen, sein Prestige als Grossmacht sowie prinzipielle Fragen des internationalen Rechts. Die Regierung in Damaskus ist der wichtigste noch aus Sowjetzeiten verbliebene Partner Moskaus im Nahen Osten. Moskau schätzt die Partnerschaft mit Syrien und Iran als wichtiges Gegengewicht zur amerikanischen Dominanz in der Region ein. Ein Syrien nach Asad, das sich eng an die sunnitischen Golfmonarchien und/oder die westlichen Staaten anlehnt, liegt daher nicht im russischen Interesse. Darüber hinaus möchte Moskau verhindern, dass nach Libyen in Syrien ein weiterer Präzedenzfall einer militärischen Intervention von aussen aus humanitären Gründen geschaffen wird. Dahinter stehen sowohl ein traditionelles Souveränitätsverständnis der Moskauer Führung als auch die Sorge, dass diese Rechtfertigung einmal zur Einmischung im postsowjetischen Raum herangezogen werden könnte.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für jeden Versuch einer gemeinsamen Lösung des Syrien-Konflikts rote Linien, deren Überschreiten für Russland nicht akzeptabel ist. Moskau wird wohl weder einem Waffenembargo noch einer militärischen Intervention von aussen zustimmen. Ob es unterhalb dieser Schwelle Möglichkeiten gibt, gemeinsam den Druck auf Asad zu erhöhen, wird von zwei Faktoren abhängen: einerseits davon, ob die syrische Opposition glaubwürdig verspricht, Moskaus ökonomische und militärische Interessen auch nach einem Machtwechsel zu achten; andererseits davon, ob die russische Führung die Gefahr einer Selbstisolierung Moskaus international und regional als gross erachtet. In beiden Fällen steht eine Antwort noch aus.

Margarete Klein gehört der Forschungsgruppe Russland der Stiftung Wissenschaft und Politik ([SWP](#)) in Berlin an.

© Neue Zürcher Zeitung, <http://www.nzz.ch>

Publikation mit ausdrücklicher Zustimmung der Neuen Zürcher Zeitung